

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Frühjahrsprognose

Russlands Krieg gegen die Ukraine dämpft das Wachstum in der EU

Seite 3

IM FOKUS

RebuildUkraine

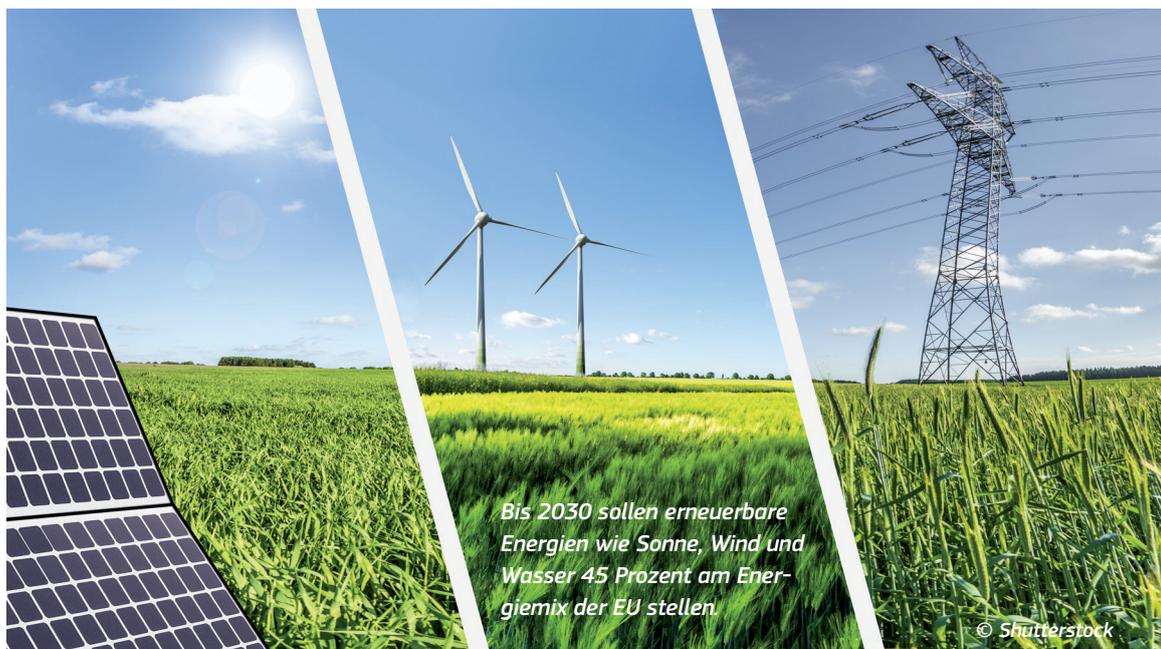
Wiederaufbauplan für die Ukraine vorgeschlagen

Seite 4

Nachhaltiger Verkehr

Region Kassel erhält den European Mobility Award

Seite 6



REPOWEREU

EU forciert Ausbau von erneuerbaren Energien

Die EU löst sich von Energieimporten aus Russland und baut die erneuerbaren Energien in Europa massiv aus. REPowerEU heißt das Programm, das Europa bis 2027 von Öl, Kohle und Gas aus Russland unabhängig machen soll. „Putins Krieg führt zu Unterbrechungen des globalen Energiemarktes. Wir müssen unsere Abhängigkeit von Russland im Energiebereich so schnell wie möglich verringern“, mahnte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Vorlage der neuen Energiestrategie REPowerEU.

> „Es ist dringender denn je, dass Europa sein Schicksal selbst in die Hand nimmt“, ergänzte Frans Timmermans, Exekutivvizepräsident der EU-Kommission und zuständig für das Klimaprogramm Europäischer Grüner Deal, das Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent umbaut.

Die europäische Initiative zur Energieunabhängigkeit in fünf Zahlen:

> **2027** kappt die EU alle fossilen Energieimporte aus Russland. Ein Einfuhrstopp auf Kohle ist bereits besiegelt, über ein Embargo für russisches Öl verhandeln die Mitgliedstaaten derzeit. Aus russischem Erdgas steigt die EU im Jahr 2027 aus – spätestens. Der Umbau hat bereits begonnen. So waren im Vorjahr noch 155 Mrd. Kubikmeter Gas nach Europa geströmt, schon in diesem Jahr wird die Einfuhr um ein Drittel

zurückgefahren, im Jahr 2027 ist dann komplett Schluss. „Wir müssen unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland so schnell wie möglich verringern“, mahnte von der Leyen.

> **45 Prozent** stellen Erneuerbare wie Wind, Wasser und Sonne bis 2030 am Energiemix der EU, das sind fünf Prozentpunkte mehr als bislang vorgesehen. Vor allem der Anteil von Solarstrom wird massiv ausgebaut. Bis 2025 steigt die Kapazität auf 320 Gigawatt, doppelt so viel wie bisher. Bis 2030 wächst die Leistung weiter an auf 600 Gigawatt. Das spart pro Jahr rund 9 Milliarden Kubikmeter Gas. Der Ausbau wird vor allem über ein Solardachprogramm vorangetrieben. Firmen und öffentliche Verwaltung müssen von 2025 an neue Gebäude mit Solarpaneelen ausstatten, von 2029 an besteht für alle Neubauten eine Solardachpflicht. >>

VON DER LEYEN

„Gemeinsam gegen Russlands Erpressung“

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos eine gemeinsam mit Ägypten organisierte Tagung zur Ernährungssicherheit in Afrika angekündigt. „Globale Zusammenarbeit ist das Gegenmittel gegen Russlands Erpressung“, sagte von der Leyen. Russland zerstört gezielt Felder und Getreidevorräte in der Ukraine, auch der Export von Lebensmitteln aus dem Land wird blockiert. Die Kommission startete bereits eine Initiative, um eine Ausfuhr über die EU zu ermöglichen. Zudem soll der Anbau von Getreide in Afrika angeschoben werden. „Es ist an der Zeit, alte Ketten durch neue Bindungen zu ersetzen“, so von der Leyen.

“ Wir können fossile Brennstoffe aus Russland ersetzen: durch Energiesparen, durch Diversifizierung unserer Energieeinfuhren und Beschleunigung unserer Energiewende. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

- >> > **13 Prozent** Energie spart die EU bis 2030 ein, vier Prozentpunkte mehr als bislang anvisiert. Um dieses Ziel zu erreichen, wird verstärkt auf Gebäudesanierungen gesetzt. In den kommenden fünf Jahren werden zudem 10 Millionen Wärmepumpen verbaut, die der Umgebung Wärme entziehen und damit Gebäude heizen. Weitere Mittel, um Energie zu sparen: Heizung herunterdrehen, Homeoffice, Carpooling und öffentlicher Nahverkehr. Die Mitgliedstaaten können das veränderte Verbraucherverhalten über Steueranreize fördern. „Energiesparen ist der billigste und einfachste Klimaschutz“, sagte Timmermans.
- > **1 Jahr** Genehmigungsfrist für neue Windparks strebt die EU-Kommission an. Bislang dauert es bis zu neun Jahre, ehe neue Windkraftanlagen in Betrieb gehen können. Deshalb wird der Prozess für die Genehmigung gestrafft. Neue Windparks sollen binnen zwölf Monaten stehen, der Umbau bestehender Anlagen wird innerhalb von sechs Monaten genehmigt. Um die kurzen Fristen einzuhalten, sollen die Mitgliedstaaten Vorrangflächen für Wind- und Solarparks ausweisen.

> **300 Mrd. Euro** mobilisiert die EU bis 2030 für die Initiative zur Energieunabhängigkeit. Allein für den Zeitraum bis zum Jahr 2027, für den sich Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament bereits auf einen EU-Haushalt verständigt haben, werden 210 Mrd. Euro bereitgestellt. „REPower-EU wird uns helfen, mehr Energie zu sparen, den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu beschleunigen und Investitionen in neuer Größenordnung anzustoßen. Das wird für den Grünen Deal den Turbo zünden“, erläuterte von der Leyen die Vorteile der Initiative.

Die EU-Kommission schlägt zudem eine Energieplattform für den gemeinsamen Einkauf von Gas vor, um die Kräfte auf dem Weltmarkt zu bündeln. Bereits jetzt vereinbarten EU-Kommission und Mitgliedstaaten mit Ländern wie den USA, Katar und Kanada die Lieferung von Flüssiggas (LNG). Zudem fördert die EU den Aufbau von Flüssiggas-Terminals, davon werden allein vier in Deutschland entstehen, die ersten in Wilhelmshaven und Brunsbüttel.

Um Preisverzerrungen entgegenzuwirken, erlaubt die Kommission den Mitgliedstaaten auch vorübergehende Eingriffe auf dem Energiemarkt.



So kann zum Beispiel der Gaspreis gedeckelt werden. Zusätzliche Profite können Energieunternehmen an Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgeben. (pr) >|

Wind aus dem Norden

Die Nordseeanrainer Deutschland, Dänemark, Niederlande und Belgien bündeln ihre Kräfte beim Ausbau der Windkraft. Bis 2030 wird die Leistung der Offshore-Windparks auf mindestens 65 Gigawatt vervierfacht, das haben die vier EU-Mitgliedstaaten auf einem Energiegipfel im dänischen Esbjerg vereinbart. „Je vernetzter wir in Europa werden, umso unabhängiger werden wir von Russland“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei dem Treffen in Dänemark.

Die Finanzierung von REPowerEU

Investitionen in Höhe von 300 Mrd. Euro sollen bis 2030 die Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Russland ersetzen, davon allein 210 Mrd. Euro im EU-Haushaltszeitraum bis 2027.



113 Mrd. Euro für erneuerbare Energien und zentrale Wasserstoffinfrastruktur



56 Mrd. Euro für Energieeffizienz und Wärmepumpen



41 Mrd. Euro für die Verringerung des Anteils fossiler Energien in der Industrie



37 Mrd. Euro zur Aufstockung der Biomethan-Produktion



29 Mrd. Euro in das Stromnetz, um die Nutzung elektrischen Stroms zu steigern



10 Mrd. Euro, für Investitionen zur Sicherung der Einfuhren von ausreichenden Mengen an Flüssiggas und Gas aus Rohrleitungen

1,5 bis 2 Mrd. Euro für eine sichere Ölversorgung



Bilder: Shutterstock

FRÜHJAHRSPROGNOSE

Russlands Invasion dämpft den Aufschwung in Europa

Der russische Einmarsch in der Ukraine bremst das wirtschaftliche Wachstum in der EU und treibt die Inflation. „Russlands Invasion der Ukraine verursacht unermessliches Leid und Zerstörung, erschwert aber auch die wirtschaftliche Erholung Europas“, sagte EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni bei der Vorstellung der Frühjahrsprognose. So rechnet die Kommission in diesem Jahr für die EU mit einem Wachstum von 2,7 Prozent und 2,3 Prozent im folgenden Jahr. In der Winterprognose vor der russischen Invasion war für dieses Jahr noch ein Plus von 4,0 Prozent und 2,8 Prozent für 2023 erwartet worden. Für Deutschland wird von einem Wachstum von 1,6 Prozent in diesem Jahr und von 2,4 Prozent im Jahr 2023 ausgegangen. Hohe Preise für Energie und Lebensmittel treiben auch die Inflation. Sie steigt im Euroraum 2022 auf 6,1 Prozent, um 2023 auf

2,7 Prozent zu fallen. In Deutschland liegt die Preissteigerung 2022 bei 6,5 Prozent und sinkt im kommenden Jahr auf 3,1 Prozent.

„Diese Prognose ist mit hoher Unsicherheit und Risiken behaftet“, erklärte Gentiloni. Die Kommission schlug daher vor, den Stabilitäts- und Wachstumspakt um ein weiteres Jahr bis Ende 2023 außer Kraft zu setzen. Die Maastricht-Regeln für das Staatsdefizit waren bereits 2020 wegen der zusätzlichen Ausgaben im Zuge der Corona-Pandemie vorübergehend ausgesetzt worden.

HANDEL

EU und USA verstärken Zusammenarbeit

Die EU und die USA wollen bei der Bewältigung globaler Herausforderungen in den Bereichen Handel und Technologie noch enger zusammenarbeiten. Das vereinbarten beide Seiten auf dem zweiten Treffen des Handels- und Technologierats TTC (Trade and Technology Council) in Paris. „Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die zentrale Bedeutung unserer Zusammenarbeit mit den USA in wirtschaftlichen und technologischen Fragen erneut unterstrichen“, erklärte Margrethe Vestager, Exekutivvizepräsidentin der EU-Kommission.

So verständigten sich beide Seiten auf gemeinsame Anstrengungen zum Wiederaufbau der Ukraine, eine Zusammenarbeit bei der Exportkontrolle und eine Kooperation bei der Analyse möglicher Störungen von Lieferketten. Beim Aufbau neuer Kapazitäten in der Halbleiterindustrie werden sich beide Partner zudem frühzeitig über öffentliche Beihilfen informieren.

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN

Kommission geht gegen Deutschland vor

Die EU-Kommission hat in drei Fällen rechtliche Schritte gegen Deutschland wegen der mangelnden Umsetzung europäischer Bestimmungen eingeleitet. So sieht die Kommission personenbezogene Daten bei der Umsetzung der Richtlinie zum Datenschutz bei der Strafverfolgung nicht ausreichend gesichert. In einem anderen Verfahren wird der steuerrechtliche Umgang mit der Riester-Rente von Beschäftigten, die in Deutschland leben, aber in einem anderen Mitgliedstaat arbeiten, beanstandet.

Im dritten Verfahren setzt Deutschland die EU-Bestimmungen zur Förderung erneuerbarer Energien nicht ausreichend um. So habe die Bundesregierung bisher „keine klaren und präzisen Informationen“ geliefert, wie die Vorgaben der Richtlinie für erneuerbare Energien in deutsches Recht überführt werden, bemängelt die Kommission. Werden die rechtlichen Defizite nicht abgebaut, kann ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) drohen.

JUSTIZBAROMETER

Hohes Vertrauen in richterliche Unabhängigkeit in Deutschland

Zum zehnten Mal hat die EU-Kommission ihr Justizbarometer vorgelegt, das Effizienz und Unabhängigkeit der Rechtsverwaltung in den Mitgliedstaaten beleuchtet. „Insbesondere in den vergangenen Jahren spielten das Justizbarometer und seine Erkenntnisse zur richterlichen Unabhängigkeit eine immer wichtigere Rolle“, unterstrich EU-Justizkommissar Didier Reynders die Bedeutung des Berichts. Demnach sahen in einer Eurobarometer-Umfrage in Deutschland 76 Prozent der Befragten die Unabhängigkeit der Justiz gegeben, das liegt über dem EU-Durchschnitt von 53 Prozent. Ausbaufähig hält die Kommission die Digitalisierung des Justizsystems hierzulande, so rangiert die Bundesrepublik zum Beispiel beim Online-Zugang zu Gerichtsurteilen in der EU an zehnter Stelle. Die Pandemie habe die „Bedeutung der Digitalisierung als Mittel zum Zugang zur Justiz weiter verdeutlicht“, mahnte Reynders weitere Anstrengungen zur Modernisierung der Justizverwaltung an. EU-weit förderte die Kommission die Digitalisierung der Justizverwaltung im Vorjahr mit 15,4 Mio. Euro. Der jährliche Justizbarometer war 2013 vereinbart worden, um die Lage der Justiz in den Mitgliedstaaten kontinuierlich zu ermitteln.

REBUILDUKRAINE

EU-Kommission schlägt **Wiederaufbauplan** für die **Ukraine** vor

Mit mehr kurzfristiger EU-Finanzhilfe plus dem Wiederaufbauplan „Rebuild-Ukraine“ verstärkt die Europäische Kommission ihre Unterstützung für die Ukraine. Sie stellt dem Land kurzfristig weitere 9 Mrd. Euro an Finanzhilfen bereit.



Aufräumarbeiten an einem zerstörten Wohnhaus im ukrainischen Borodyanka.

> „Wir werden weiter an der Seite der Ukraine stehen, in diesem Krieg und wenn das Land wieder aufgebaut wird“, versprach Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Nach der russischen Invasion hatte die EU der Ukraine bislang Finanzhilfen von 4,1 Mrd. Euro zugesagt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt, dass das Land in Kriegzeiten monatlich rund 5 Mrd. Euro benötigt, etwa um Gehälter zu zahlen oder Kliniken zu finanzieren. Bei dem Treffen der G7-Finanzminister in Bonn und Königswinter sagten die Staaten der G7 der Ukraine Hilfe in Höhe von rund 19,8 Mrd. US-Dollar Euro zu – umgerechnet 18,75 Mrd. Euro. „Aber wir müssen auch an die Zeit danach denken, an umfassendere Wiederaufbauanstrengungen“, mahnte von der Leyen eine langfristige Perspektive für das Land an.

Der Wiederaufbau sollte von den ukrainischen Behörden in enger Partnerschaft mit der Europäischen Union und anderen wichtigen Partnern wie der G7, G20 und anderen Drittländern sowie internationalen Finanzinstitutionen und internationalen Organisationen geleitet werden. Partnerschaften zwischen Städten und Regionen in der EU und in der Ukraine können den Wiederaufbau fördern und beschleunigen. Als Verwaltungsgremium würde die internationale Koordinierungsplattform für den Wiederaufbau der Ukraine eingesetzt, die von der Kommission als Vertreterin der EU und der ukrainischen Regierung betrieben würde. Der von der Plattform gebilligte Wiederaufbauplan „RebuildUkraine“ soll als Grundlage für die Festlegung der zu finanzierenden Prio-

ritätsbereiche und Projekte dienen. Die Kommission schlägt außerdem vor, den Wiederaufbauplan durch eine Fazilität zu flankieren. Sie wäre das wichtigste Rechtsinstrument für die EU-Hilfe und würde Zuschüsse und Darlehen bereitstellen. Der Aufbauplan „geht wesentliche Reformen an in Bereichen wie Korruptionsbekämpfung, Verwaltungskapazitäten, Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz. Und er sollte fest im grünen und digitalen Wandel und in den fundamentalen europäischen Werten verankert sein“, so von der Leyen.

Exekutivizepräsident Valdis Dombrovskis regte an, für die Finanzierung des Wiederaufbaus auch russische Gelder heranzuziehen, die wegen der EU-Sanktionen gegen Russland bei europäischen Banken eingefroren sind. „Wir sollten dafür sorgen, dass Russland für seine militärische Aggression bezahlt“, sagte Dombrovskis.

Engere Verteidigungszusammenarbeit

Die EU erhöhte zugleich ihre Militärhilfen für die Ukraine um 500 Mio. auf 2 Mrd. Euro. Als Reaktion auf den russischen Einmarsch in der Ukraine schlug die EU-Kommission eine engere Kooperation bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern vor. „Die Rückkehr des Krieges nach Europa hat uns vor Augen geführt, welche Auswirkungen es hat, wenn jahrelang nicht in die Verteidigung investiert wird“, sagte von der Leyen.

Auf ihrem Treffen im März in Versailles hatten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten eine Gesamtanalyse der Verteidigungskapazitäten erbeten. Demnach erhöhen die Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben um insgesamt 200 Mrd. Euro. „Wir müssen diese Dynamik aufrechterhalten“, sagte von der Leyen. Die Kommission mahnt eine engere Abstimmung unter den Mitgliedstaaten an. So soll eine Arbeitsgruppe – Defence Joint Procurement Task Force – die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern koordinieren. Dabei geht es kurzfristig um das Auffüllen von Munitionsbeständen, mittelfristig unter anderem um den Ersatz für alte Militärsysteme in östlichen Mitgliedstaaten, die noch aus der Sowjet-Ära vor 1989 stammen. Bis 2024 stellt die Kommission dafür rund 500 Mio. Euro bereit. (pr) >|



Gemeinsame Wiederaufbau-Plattform

Die EU-Kommission regt eine gemeinsame Plattform an, bei der die Ukraine und ihre Partner wie EU, G7 und G20 ihre Anstrengungen zum Wiederaufbau des Landes bündeln. Schwerpunkte der Aufbaumaßnahmen sind unter anderem:

- > Infrastruktur wie Wohnungen und Schulen,
- > ein resilientes Netz für Strom und Internet,
- > die Modernisierung der Verwaltung und Stärkung des Rechtsstaates,
- > die Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft mit den Schwerpunkten Digitalisierung und Klimaschutz.

NEUE REGELUNG GEGEN KINDESMISSBRAUCH

Johansson: „Wir schützen die Privatsphäre der Nutzer – und die Kinder“

Die EU-Kommission will strenger gegen die Verbreitung kinderpornografischer Bilder im Internet vorgehen. Die meisten Hosts mit Videos und Fotos sexueller Gewalt gegen Kinder stehen in der EU. Mit einer neuen Initiative der EU-Kommission sollen Anbieter von Online-Diensten wie Facebook und Google verpflichtet werden, Missbrauchsdarstellungen im Netz schneller und nach klaren rechtlichen Regeln aufzuspüren. „Ich halte unseren Plan für bahnbrechend, denn wir schützen sowohl die Privatsphäre der Internet-Nutzer als auch die Kinder“, erklärte EU-Innenkommissarin Ylva Johansson das Vorgehen. Die Kommission setzt bei der Suche auf technisch neue Verfahren. „Mein Vorschlag ist technologie-neutral, es geht darin nicht um Verschlüsselung“, betont die Kommissarin.

> Fragen und Antworten zur geplanten Regelung im Spannungsfeld zwischen Datenschutz und Kindeswohl:

> Wie soll die Prävention künftig funktionieren?

Die EU richtet ein neues Zentrum zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern ein. Das Zentrum stellt Digitalunternehmen unter anderem Software bereit, mit denen diese ihre Dienste auf Missbrauchsbilder scannen können. Das Vorgehen stimmt das Zentrum dabei mit entsprechenden nationalen Behörden der Mitgliedstaaten ab.

> Welches abgestufte Vorgehen sieht die geplante Regelung vor?

Die Initiative erfasst E-Mail-Anbieter wie Google oder auch Messenger-Dienste wie WhatsApp und Signal. Die Betreiber müssen ihre Angebote künftig einem Risikocheck unterziehen. Ziel ist es, Lücken aufzuspüren, die das Verbreiten von Missbrauchsdarstellungen im Netz erleichtern. Darüber hinaus gilt es Grooming vorzubeugen, so nennen Experten die Online-Anbahnung von Kontakten zu Kindern, etwa über Spielebörsen. Bestehen Sicherheitslücken, kann der Anbieter – nach vorheriger Verwarnung – zu einer strengeren Kontrolle verpflichtet werden. „Wir prüfen für jeden Fall einzeln, ob bei einem Dienst nach Missbrauchsaufnahmen gesucht werden muss“, stellte Johansson klar. „Diensteanbieter müssen zudem Schutzmaßnahmen ergreifen, damit die Sicherheit und Vertraulichkeit der Kommunikation der Nutzer nicht untergraben wird.“



© European Union, 2022

> Welche rechtlichen Hürden greifen?

Über eine mögliche Suche nach Missbrauchsdarstellungen entscheiden nicht wie bisher die Digitalunternehmen in Eigenregie, sondern öffentliche Stellen – entweder ein Gericht oder eine andere nationale Justizbehörde. Auch die Datenschutzbehörden werden eingebunden. Treffer werden an das EU-Zentrum gemeldet, das – nach entsprechender Prüfung – gegebenenfalls die Ermittlungsbehörden einschaltet.

> Was sind die Bedenken gegen das Vorhaben?

Der Einwand zielt auf Datenschutz und Privatsphäre im Netz. Bisher übliche Suchfilter greifen nur in unverschlüsselten Gruppen-Chats bei Messengerdiensten wie WhatsApp oder öffentlichen Postings wie auf Facebook. Direkte Nachrichten zwischen zwei Nutzern sind hingegen in der Regel End-to-End-verschlüsselt. Auch dort sollen aber künftig Missbrauchsfotos aufgespürt werden, denn aktuell kommt ein Großteil der bisher freiwilligen Hinweise der Provider aus Messenger-Diensten. Die Befürchtung: Dabei könnten Verschlüsselungscodes privater Nachrichten geknackt werden. Johansson nimmt die Bedenken ernst. „Mit diesem Vorschlag kann keine Verschlüsselung geknackt werden – und es werden keine Hintertüren eingeführt“, so die Kommissarin. Sie vertraut auf technisch neue Lösungen bei der Bekämpfung von Missbrauchsdarstellungen. „Unser neues EU-



Zentrum wird helfen, technische Verfahren zu entwickeln, die Eingriffe in die Privatsphäre minimieren, aber trotzdem effektiv sind, um Missbrauchsbilder zu finden.“ (pr) >

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson will einen einheitlichen EU-Ansatz für die Aufdeckung und Meldung von sexuellem Kindesmissbrauch.

Der Vorstoß

Allein im Vorjahr flogen im Netz 85 Millionen Bilder und Videos auf, die einen Missbrauch von Kindern zeigen. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher. Mehr als 60 Prozent des weltweiten Materials werden auf Servern in der EU gehostet.

Der Vorstoß der Kommission muss noch von den Mitgliedstaaten der EU und Europäischem Parlament gebilligt werden. „In Demokratien brauchen wir natürlich eine Debatte über geeignete Maßnahmen – und der stelle ich mich“, so EU-Innenkommissarin Ylva Johansson.

NACHHALTIGER VERKEHR

Region Kassel erhält den European Mobility Award

Die EU-Kommission hat die Region Kassel mit dem European Mobility Award 2021 ausgezeichnet. „Der Preis ist eine besondere Ehre für die Region“, sagte Kassels Verkehrsdezernent Christof Nolda bei der Preisverleihung in Brüssel.



© NVV

Die Region Kassel vernetzt Stadt und Land durch integrierte Verkehrskonzepte.

> Die Region Kassel überzeugte die Jury mit einer Reihe ungewöhnlicher Aktivitäten zur Europäischen Mobilitätswoche, von einer Schnitzeljagd, über Aktionen für einen sicheren Schulweg bis hin zur Organisation barrierefreier Wander- und Radtouren. Generell setzen Stadt, Landkreis und Verkehrsverbund bei Nahverkehrsangeboten unter anderem auf:

> **Integriertes Verkehrskonzept:** Der Nordhessische Verkehrsverbund NVV versorgt rund 440.000 Menschen und reicht von Oberweser-Arenborn im Norden bis nach Naumburg-Heimarshausen im Süden rund um die Zentren Baunatal und Kassel. Oft enden Nahverkehrsangebote an der Stadtgrenze. Der NVV setzt gemeinsam mit der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft (KVG) auf integrierte Konzepte und Mobility Hubs – Verkehrsknotenpunkte, die Stadt und Land vernetzen, etwa durch abgestimmte Umsteigemöglichkeiten oder verlängerte Linienführung. „Mobilität endet nicht an kommunalen Grenzen. Vor allem nicht hier bei uns in der Region“, erläutert Steffen Müller, Geschäftsführer des NVV, das Konzept.

> **Attraktive Mobilität für Jugendliche:** Im NVV gibt es, wie in ganz Hessen, ein günstiges Ticketangebot für junge Menschen. Schülerinnen und Schüler können Busse, Tram und Bahn das ganze Jahr über für 365 Euro nutzen. „Besonders freue

ich mich, dass die EU-Kommission unsere Arbeit wertschätzt, die nächste Generation für nachhaltige und sichere Mobilität zu sensibilisieren. Unsere Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft. Wenn wir ihnen jetzt die richtigen Werte vermitteln können, nutzen sie selbstbewusst und mit Freude die Mobilitätsformen von Morgen“, erklärt Silke Engler, Vize-Landrätin des Landkreises Kassel.

> **Neue Initiativen:** Der Landkreis Kassel ist ein beliebtes Naherholungsgebiet mit Zielen wie Schloss Wilhelmsthal oder den für seine urwüchsige Naturlandschaft bekannten Eco Pfad Dörnberg. Der Verkehrsverbund NVV stellt mit seinem Programm „Wandern und Radeln“ sicher, dass beliebte Ausflugsziele im Umland auch mit dem Nahverkehr erreichbar sind.

Die Europäische Mobilitätswoche ist eine Kampagne zur nachhaltigen und urbanen Mobilität und findet jährlich im September statt. Im Vorjahr nahmen mehr als 3.100 Städte und Gemeinden in 53 Ländern teil. Neben Kassel wurden die Städte Valongo in Portugal, Tampere in Finnland und Rethymno in Griechenland ausgezeichnet.

Rethymno erhielt den European Road Safety Award für sein Konzept zur Verkehrssicherheit. Tampere beeindruckte die Jury mit seinem nachhaltigen Verkehrskonzept. Valongo erhielt den Preis für kleinere Gemeinden, unter anderem für die Einbeziehung der Bevölkerung – etwa durch ein Theaterprojekt mit einem durch Drehkraft betriebenen Öko-Auto.

Die EU-Kommission hatte Ende vergangenen Jahres im Zuge des Europäischen Grünen Deals ein neues Konzept für einen nachhaltigen Umbau der Verkehrssysteme vorgelegt. „Wir wollen Reisen in der EU effizienter und sicherer machen“, so EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean. „Mit dem neuen EU-Rahmen für urbane Mobilität werden wir eine bessere Planung nachhaltiger urbaner Mobilität unterstützen, indem wir den öffentlichen Verkehr,



das Radfahren und Zu-Fuß-Gehen in den Mittelpunkt der Bemühungen lokaler Behörden stellen, um den Alltag der Menschen zu verbessern“, ergänzte Vălean. (pr) >|

Besser verbunden

Die EU-Kommission startet seit 2002 jedes Jahr vom 16. bis 22. September die Europäische Mobilitätswoche. In diesem Jahr steht die Initiative unter dem Motto „Besser verbunden“. Ziel ist es, innovative Mobilitätslösungen zu testen. So werden Parkplätze und Straßen umgenutzt, E-Fahrzeuge getestet sowie Schulwettbewerbe und Aktionen für mehr Klimaschutz im Verkehr gestartet. Anlaufstelle für interessierte Gemeinden hierzulande ist das Umweltbundesamt: <https://www.umweltbundesamt.de/europaeische-mobilitaetswoche>

Europa in Zahlen

7.096

Jugendliche aus Deutschland haben in der ersten Runde von DiscoverEU in diesem Jahr ein Reiseticket gewonnen und können in den kommenden Monaten Europa per Zug erkunden. Insgesamt hatten sich europaweit rund 69.000 junge Menschen für die Gratis-Tickets beworben (Deutschland: 16.420), 35.000 wurden ausgewählt. Möglich macht das die Initiative „DiscoverEU“ der EU-Kommission, die zweimal jährlich Zugtickets an junge Europäerinnen und Europäer verlost. Die erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber verreisen allein oder in einer Gruppe von bis zu fünf Personen zwischen dem 1. Juli 2022 und dem 30. Juni 2023 für bis zu 30 Tage – im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal hauptsächlich mit der Bahn, mit einigen Ausnahmen, um denjenigen, die auf Inseln leben, die Teilnahme zu ermöglichen.

Sie erhalten Unterstützung von den nationalen Erasmus+-Agenturen, die vor der Abreise Informationen geben und Treffen in ganz Europa organisieren. Die Teilnehmenden erhalten außerdem die neue DiscoverEU-Ermäßigungskarte, mit der sie Zugang zu mehr als 40.000 Ermäßigungen für Unterkunft, Verpflegung, Kultur und andere Dienstleistungen haben. Die Kommission will im Oktober die nächste Bewerbungsrunde einleiten, in der junge Menschen die Möglichkeit haben werden, sich für eines der 35.000 Reisetickets zu bewerben.

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 31.05.2022 18.00–20.00 Uhr	„Next Generation – wie können uns neue Förderprogramme in der Region Osnabrück helfen?“ Online Regionalakademie Osnabrück Veranstalter: Europa-Union, Kreisverband Osnabrück Stadt und Land e.V.	Online	https://online-regionalakademie-os.de/veranstaltungen/next-generation-wie-koennen-uns-neue-foerderprogramme-in-der-region-osnabrueck-helfen/
> 31.05.2022 19.00–20.30 Uhr	„Europa-Stammtisch in Leipzig“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Sachsen	Online	www.europatermine.de/europatermine/termin/28446
> 03.06.2022 09.00–15.00 Uhr	„4th European-Bavarian Women’s Summit – Your Impact – Your Booster – Your Future in Business & Politics“ Networking-Event für Frauen Veranstalter: Europäisches Parlament, Verbindungsbüro in München, Flughafen München	Südallee 85356 München-Flughafen	www.europarl.europa.eu/germany/de/verbindungsbuero_muenchen.html
> 04.06.2022 14.00–20.00 Uhr	„BABYLON EUROPA – Europäisches Kulturfestival in Berlins grüner Stadtoase“ Kulturprogramm Veranstalter: EUNIC Berlin, EU Kommission in Deutschland	Britzer Garten Sangerhauser Weg 1 12349 Berlin	https://eunic-berlin.eu/veranstaltungen/babylon-europas-europaische-kulturfestival/
> 07.06.2022 15.30–21.00 Uhr	„Rund um den ‚Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen‘. Impulse: Gespräche zur deutsch-polnischen Erinnerungskultur“ Konferenz	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/de/veranstaltung/07-06-2022/rund-um-den-ort-des-erinnerns-und-der-begegnung-mit-polen
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2022

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



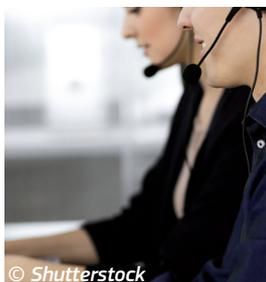
und folgen Sie uns auf Twitter



INFORMATIONEN UND ANTWORTEN AUF FRAGEN

Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefonberatung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Die Helpline beantwortet Fragen und stellt praktische Informationen bereit, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Fragen zu Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.



Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Sie bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

#ENTDECKE EUROPA

Die EU von zu Hause aus entdecken

Wie funktionieren die Europäischen Institutionen eigentlich genau und welche Rolle spielt die EU für meinen Alltag? Unter www.entdecke-europa.com finden sich Antworten auf diese und viele weitere Fragen. #EntdeckeEuropa richtet sich insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene, um ihnen wichtige Inhalte über die Aufgaben und die Arbeit der Europäischen Union und ihrer Institutionen zu vermitteln. Die Plattform verzichtet



daher auf lange Texte und Erklärungen und nutzt stattdessen interaktive Bausteine wie Video- und Audiosequenzen, um jungen Menschen die EU auf dynamische Art und Weise näherzubringen. Die Zuschauenden können in einem abschließenden Quiz ihr Wissen auf den Prüfstand stellen.

HILFE, ICH WILL RAUS VON ZUHAUS!

Podcastfolge zum Thema Auslandsjahr

Au-pair in Dänemark, Farmarbeit in Irland oder Work & Travel in Neuseeland? Eurodesk und das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland (EVZ) machen in einer gemeinsamen Folge eines Podcasts auf das Thema Auslandsjahr aufmerksam. „Es herrscht der Mythos, Auslandsaufenthalte seien nur was für rich kids“, so Ann Lorschiedter von Eurodesk Deutschland. Aber Programme wie zum Beispiel das Europäische Solidaritätskorps (ESK) bieten für alle Unterstützung. Beim ESK werden Reisekosten, Unterkunft, Verpflegung, Sprachkurs und Versicherungen von der EU-Kommission finanziert. Work & Travel wiederum ist ein Selbstzahler-Programm, für das ein gewisses Startkapital erforderlich ist. Durch Jobs vor Ort kann man die Kosten teilweise refinanzieren. Eurodesk berät junge Menschen kostenlos und neutral zu den unterschiedlichen Möglichkeiten ins Ausland zu gehen und gibt Orientierung.



INTERAKTIVES TOOL

Die junge Generation in Europa entdecken

Zum Europäischen Jahr der Jugend 2022 hat das EU-Statistikamt Eurostat ein interaktives Tool veröffentlicht, das Statistiken über junge Europäerinnen und Europäer in Form eines Quiz auf unterhaltsame Weise präsentiert. Für junge Menschen zwischen 16 und 29 Jahren bietet das Tool „Young Europeans“ die Möglichkeit, sich mit anderen jungen Menschen in ihrem Land zu vergleichen oder mehr über ihre Generation in Europa zu erfahren.

„Young Europeans“ besteht aus Fragen zu vier verschiedenen Themen: Leben und Wohlbefinden; Gesundheit; Arbeit und Bildung; digitale Welt. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, einen Avatar zu erstellen, der während Ihrer Reise durch das Tool verwendet wird.

